



Gelingt der Bauindustrie die Wohnungsbauwende? | © querbeet, Canva (Symbolbild)

Bauindustrie fordert Maßnahmenpaket der Bundesregierung

25. Juni 2026

Für April 2026 meldete das [Statistische Bundesamt](#) mit 20.200 Baugenehmigungen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neu- und Umbau) ein Plus von 9,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Von Januar bis April setzte sich damit der Aufwärtstrend fort: Mit 83.700 Wohnungen wurde ein Zuwachs von 13,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnet. Diese Entwicklung machte sich auch bei den Mehrfamilienhäusern mit 44.300 neu genehmigten Wohnungen und einem Plus von 14,7 Prozent bemerkbar.

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des [Hauptverbandes der Deutschen](#)

Bauindustrie, ordnet die veröffentlichten Zahlen ein: „Aus Baugenehmigungen müssen jetzt Projekte werden. Aber genau hieran hat es in den letzten Monaten gehapert, wie die Fertigstellungszahlen für 2025 und der niedrige Auftragseingang der Bauwirtschaft belegen. Es braucht klare, investitionsfreundliche und verlässliche Rahmenbedingungen, damit nun auch wirklich gebaut wird. Von der Investorenkonferenz der Bundesbauministerin an diesem Freitag muss daher ein klares Maßnahmenpaket hervorgehen. Das Monitoring des Bundes zum Sondervermögen zeigt auf, dass im vergangenen Jahr von insgesamt 327 Millionen Euro für den Wohnungsbau nur rund 37 Millionen Euro abgeflossen sind. Die nicht verausgabten Mittel müssen daher unbedingt im Bundeshaushalt 2027 dafür eingesetzt werden, den Wohnungsbau wieder in Schwung zu bringen. Gleichzeitig muss die Förderkulisse, wie angekündigt, deutlich vereinfacht werden. Hierbei reicht es aber nicht, die schon bestehenden Förderprogramme in die zwei Säulen ‚Sanierung‘ und ‚Neubau‘ aufzuteilen. Vielmehr braucht es auch eigenkapitalunterstützende sowie verbesserte, steuerliche Abschreibungsinstrumente und eine langfristige Planbarkeit der Programme für bezahlbaren Wohnungsneubau.“ (red)